

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Publikumsstelle

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2118 Telefax +49 (0)221 220 9546
publikumsstelle@wdr.de

Köln, 22. Juni 2017

Ihr Schreiben vom 21. April 2017 zu der Berichterstattung des WDR über den Anschlag auf den Mannschaftsbus des BVB

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. April 2017, das wir am 25. April 2017 erhalten haben. Darin kritisieren Sie die „*explizite Nennung der Herkunft eines Straftäters innerhalb des Nachrichtenangebotes des WDR*“. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf den Programmgrundsatz zur Förderung eines diskriminierungsfreien Miteinanders in Bund und Ländern gemäß § 5 Abs. 4 WDR-Gesetz, welchen Sie verletzt sehen, da „*ein Zusammenhang zwischen Straftat und Herkunft nicht erkennbar*“ sei.

Wir werten Ihr Schreiben als eine einfache Beschwerde im Sinne von § 10 Abs. 1 WDR-Gesetz. Eine förmliche Programmbeschwerde im Sinne von § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz hätte vorausgesetzt, dass Vorwürfe gegen eine oder mehrere konkrete, ausgestrahlte Sendungen erhoben werden, damit der Prüfungsgegenstand eindeutig identifizierbar ist. Wir hatten Sie in unserer E-Mail vom 3. Mai 2017 um entsprechende Konkretisierung der Sendungen gebeten. In Ihrer ergänzenden E-Mail vom 6. Mai 2017 haben Sie keine konkreten Sendungen genannt, sondern um schlüssige Begründung gebeten, „*warum die Herkunft des vermeintlichen Täters innerhalb des Nachrichtenspektrums auf die beanstandete Weise hervorgehoben wurde*“. Dieser Bitte kommen wir außerhalb des förmlichen Beschwerdeverfahrens im Folgenden gerne nach.

Die Programmgrundsätze des WDR-Gesetzes sind Maßstab und Vorgaben für die redaktionelle Arbeit – und zwar erst recht in schwierigen Entscheidungssituationen der aktuellen Berichterstattung. Das gilt auch in dem von Ihnen kritisierten Fall.

§ 5 Abs. 4 WDR-Gesetz stellt hier einen wichtigen Maßstab dar. Allerdings ist auch § 5 Abs. 5 WDR-Gesetz zu beachten, in dem es u.a. heißt, dass Ziel der Berichterstattung ist, umfassend zu informieren.

Im vorliegenden Sachverhalt musste redaktionell abgewogen werden, wie die vorliegenden aktuellen Informationen der Behörden unter Einhaltung beider Grundsätze Teil der Berichterstattung werden konnten.

Auch der Pressekodex ist bei einer solchen Entscheidung von Relevanz. Er ist für den WDR zwar nicht bindend, denn er stellt eine freiwillige Selbstverpflichtung der Verleger und Journalistenverbände dar. Er gilt als Regelwerk damit grundsätzlich nicht für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, bildet aber ungeachtet dessen in der journalistischen Praxis und bei Entscheidungen eine Orientierungshilfe.

Ihnen ist insofern sicher die jüngste Diskussion um Ziffer 12.1 des Pressekodex, der Diskriminierung in den Medien verhindern soll, bekannt. Der Deutsche Presserat hat den Passus neu formuliert. Der alten Richtlinie zufolge sollten Medien Herkunft und Religion von Straftätern nur dann nennen, wenn ein „begründbarer Sachbezug“ zur Straftat bestand. In der Neufassung ist diese Ausnahme von der Regel dann legitim, „wenn ein begründetes öffentliches Interesse vorliegt.“

Nach übereinstimmender Einschätzung der Hörfunk- und Fernsehredaktionen des WDR war dieses begründete öffentliche Interesse am Tag der vorläufigen Festnahme des mutmaßlichen Täters am 21. April dieses Jahres und der Pressekonferenz des Generalbundesanwalts gegeben. Bei einem Verbrechen, das derartiges Aufsehen erregt hat, gehört es in der aktuellen Berichterstattung zur Aufgabe, möglichst viele Informationen über den mutmaßlichen Täter zu recherchieren, auch um es dem Publikum zu ermöglichen, den Kontext einer solch verstörenden Tat verstehen und einordnen zu können. Das auch vor dem Hintergrund, dass solche Taten anders als Fälle der Alltagskriminalität häufig spezifische Hintergründe haben. So sahen es die Kolleginnen und Kollegen in diesem Fall als geboten an, die vom Generalbundesanwalt verbreitete Nachricht, in der auch die Herkunft des Tatverdächtigen benannt war, nicht zurückzuhalten.

In diesem konkreten Fall sprechen auch die zunächst bekannt gewordenen drei widersprüchlichen textgleichen Bekennerschreiben dafür, detailliertere Angaben zu machen, um die besonderen Umstände des Falles transparent zu machen. Da der mutmaßliche Täter einen islamistischen Hintergrund fingiert hat, wog das Interesse des Publikums an der Herkunft des Täters besonders schwer. Bei einem Verbrechen solcher Dimension, das wirkungsvoll als großer Terrorakt inszeniert war, haben die Redaktionen in der Abwägung entschieden, dass die Nennung der Herkunft geboten und gerechtfertigt ist.

Im Übrigen ist es nicht so, dass sich der mutmaßliche Täter eindeutig einer bestimmten Nationalität zuordnen lässt. Der am 21. April 2017 festgenommene Mann hat laut Bundesanwaltschaft die deutsche und die russische Staatsangehörigkeit. Dies wurde beispielsweise am selben Tag in den *wdr aktuell*-Nachrichten des WDR Hörfunks in einem Kurzbericht aus Karlsruhe auch thematisiert.

Ihren Vorwurf, es sei nicht erkennbar, warum die Redaktion den Zusammenhang zwischen Straftat und Herkunft hergestellt hat, teilen wir daher nicht. Eine Diskriminierung aufgrund der Herkunft ist im vorliegenden Fall nicht zu erkennen. Es handelt sich bei den Informationen über die mögliche Urheberschaft des Anschlags auf den Mannschaftsbus des BVB nicht um ein Pauschalurteil über Angehörige anderer Nationalitäten.

Insofern war die Entscheidung der programmverantwortlichen Redakteurinnen und Redakteure, die unmittelbar mit den Vorgängen um die Verhaftung des Verdächtigen am 21. April 2017 konfrontiert wurden, für die Nennung der ethnischen Herkunft gerechtfertigt und bedeutet keinen Verstoß gegen WDR-Programmgrundsätze.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinem Schreiben die Grundsätze des Programmbeschwerdeverfahrens noch einmal verdeutlichen konnte und Sie unsere Überlegungen nachvollziehen können.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Wehner